Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 124. | Dresden, Donnerstag den 2. Juni 1910. | 21. Jahrg.

Arbeiter, gedenkt der ausgesperrten Bauarbeiter!

Klerikale Vergiftung.

Der unermüdliche Kulissenonkel des Berliner Hohenzollern-Theaters, der Freiherr von Zedlitz, hat zu Beginn der preußischen Wahlrechtsposse, noch bevor der Vorhang aufgezogen war, den Ausgang des Stückes wohl vorausgesagt. Im Verlauf der langwierigen Vorstellung hat man dann noch manches aus dem Stegreif gedichtet, man wußte nicht immer, wie man weiter und zu dem vorbestimmten Endziel käme, aber der Schluß selbst, zu dem man auf irgendeine Weise dringen wollte, stand von Anbeginn fest: Für die beiden frommen Parteien, die in Preußen und über Deutschland herrschen, ist auch die Politik nur die Entwicklung einer im Voraus für alle Zeiten bestimmten Offenbarung, die sie sich nur der Vorsicht halber selbst herstellen, anstatt sich auf eine ungewisse höhere Macht zu verlassen. Herr v. Zedlitz kündigte damals einen konservativ-klerikalen Pakt an, der den Zweck verfolge, gar nichts zustande kommen zu lassen. Mit Hilfe der Regierungsstatisten, des Kulturträgers Bethmann, der Nationalliberalen und des Herrenhauses ist es ihnen gelungen, ihr Ziel zu erreichen. In einer Ulkstimmung, die ganz an jene Tage erinnerte, da Konservative und Zentrum Seiner Majestät Mittellandkanal und das für ihn verpfändete Königswort prellten, hat man auch das königliche Wahlrechtsversprechen verhöhnt und zu Tode geprügelt, das freilich längst, auch bei Hofe, nur noch als ein Stück „Bülowscher Erbschaft" mißachtet wurde; es gibt in der Welt keine übler behandelten Kreaturen, als die reichspreußischen Kanzler und Minister von gestern.

Der ekle Ausgang der preußischen Wahlrechtskampagne ist aber nur die Wiederholung eines Parteienstreits und einer Intrigenpolitik, wie wir es seit dreißig Jahren — und nicht nur, wie unser kurzes Gedächtnis uns glauben machen möchte, seit dem Bülow-Block und der Reichsfinanzreform von 1909 — in regelmäßigen Abständen immer wieder erleben. Alle fünf Kanzler waren von dem natürlichen Bestreben eines bureaukratischen Absolutismus geleitet, keine selbstbewußte parlamentarische Parteimacht aufkommen zu lassen. Von Caprivi bis Bethmann hat man nur nachgeäfft, was Bismarck vorgemacht, jene Taktik, mit der er die kümmerlichen Zugeständnisse eines konstitutionellen Systems innerlich wieder entwertete; die immer erneuten Versuche, ein farbloses mittel- und mehrheitsparteiliches Regierungskartell zu schaffen. Deshalb die ewigen Bemühungen, die „Extremkonservativen" und das Zentrum zu schwächen, aber auch die Liberalen zu würgen, sobald sie sich vermaßen, Parlament spielen zu wollen. Seit einem Menschenalter aber fiel dem Liberalismus die Aufgabe zu, dieser Begierde des Regierungsabsolutismus sich allzeit zur Verfügung zu stellen. In den entscheidenden Augenblicken mußte sich aber die Regierung schließlich doch auf die realen Parteimächte stützen, auf den Klerikalismus evangelisch-konservativer und katholischer Färbung. Die oppositionellen Abschweifungen des Zentrums, seine wohl gar demokratischen Grundmassen sind nur die zufälligen Wirkungen der besonderen geschichtlichen Bedingungen in Deutschland, erst der partikularistischen Entwicklungen, dann der wahltaktischen Demagogie; in seinem innersten Wesen war das Zentrum genau die gleiche feudal-konservativ-agrarische Partei wie das Junkertum und wie überall auf Erden! Und nachdem der Kulturkampf abgebröckelt, also seit dreißig Jahren, ward der schwarz-blaue Block, trotz aller verwirrenden Trübungen im einzelnen, in steigendem Maße das Schicksal der deutschen Politik. Im Reich, mit seinem Zwang des demokratischen Wahlrechts, konnte diese Tatsache bisweilen verdunkelt werden, in Preußen trat sie klar zutage, und die „infamigten Jesuiter" des Herrn v. Kröcher sind in Wirklichkeit seine allergetreuesten Bundesgenossen; deshalb hat das Zentrum dem Präsidenten des preußischen Abgeordnetenhauses diese Beschimpfung auch niemals verübelt, man wußte, es war nur ein gnädiger Spaß für lange Wählerohren. In diesem mächtigen Vormarsch des konservativ-klerikalen Bundes war der Liberalismus in seinen Entschlüssen von der ewigen Konkurrenzangst geleitet, sich nicht ausschalten zu lassen, und unter Bülow wurde auch der Freisinn in diese würdige Narrenzunft aufgenommen. Jedesmal aber, wenn die Liberalen dann doch ausgeschaltet wurden, entdeckten sie lärmend ihre liberalen Ueberzeugungen.

Es ist noch nicht überall ganz zum Bewußtsein gekommen, daß und in welch erschreckendem Grade die deutsche und die preußische Politik seit Jahrzehnten unter der Alleinherrschaft des feudalen Klerikalismus beider Konfessionen steht. Dieser regierende Klerikalismus hat die politische Entwicklung zum Stillstand gebracht, und diese durch Jahrhunderte geschulte Scholastik der Lüge hat unser ganzes öffentliches Leben von Grund aus vergiftet. Welch ein Abgrund von klerikaler Heuchelei, wenn jetzt das Zentrum über den plutokratischen Charakter des Bethmann-Herrenhäuslerischen Wahlrechtsentwurfs sich erzürnt! Welch eine Infamie des Volksbetrugs, wenn es seinen Verzicht auf radikale Verbesserungsvorschläge mit deren Unerreichbarkeit begründet, während es doch kein Bedenken getragen hat, für das — wie man doch wußte — auch unerreichbare konservative Kompromiß einzutreten! Und diese klerikale Verwahrlosung der Politik stümpern die anderen bürgerlichen Parteien zum Gotterbarmen plump nach: die Herren der katholischen Kirche wie des Feudaladels haben doch immerhin die geistige und technische Schulung einer wirklichen Macht, die sie Jahrhunderte hindurch geübt; den Liberalen aber merkt man noch immer ihre Krämer- und Untertanenabstammung an, die Abstammung von einem Bürgertum, das niemals zur politischen Herrschaft gekommen ist. So haben die Liberalen mit lautem Geschrei ihre Begierde nach dem direkten und geheimen Wahlrecht proklamiert, während sie in Wahrheit doch nur, gemäß den Weisungen der rheinisch-westfälischen Großindustrie, die plutokratische Kreisdrittelung erstrebten. Wie roh und dumm diese Plagiate an klerikal heuchlerischer Politik! Und welch eine liberale Partei, die bis zum letzten Augenblick bereit ist, alles zu schlucken, um den schwarz-blauen Block zu sprengen, und die erst unmittelbar vor Toresschluß, als sie ihren Wahn aufgeben muß, in die Negation einschwenkt und nun mit radikaleren Forderungen auftrumpft. Fürwahr, die klerikale Vergiftung der politischen Moral hat alle Parteien bis ins Mark zerfressen.

So hat das Proletariat die Reinigung der deutschen Politik zu vollziehen. Die Situation ist unzweideutig. Das Bündnis zwischen Konservativen und Zentrum ist fester denn je; es ist eine Verschwörung auf Leben und Tod. Hinter dem preußischen Block gegen die Wahlrechtsreform steckt schon der Agrarblock für die bevorstehenden Handelsverträge. Die schmieden Konservative und Zentrum unlöslich für die kommenden Jahre und alle wichtigen gesetzgeberischen Aktionen zusammen. Es gilt nicht nur, die jetzigen Agrarzölle zu retten, sondern womöglich auch den berüchtigten „lückenlosen" Tarif des Bundes der Landwirte durchzusetzen. Deshalb dieser zähe Block gegen die Sozialdemokratie und auch gegen die hansabündlerisch getriebenen zollpolitischen Abrüstungstendenzen der Fabrikatsindustrie und des Großhandels. Deshalb half das Zentrum den Junkern auch die Wahlreform verhindern. Deshalb die krampfhaften Bemühungen der Regierung, der vor den extremsten Agrarterroristen doch graut, die Nationalliberalen in das Spiel zu bringen. Deshalb weitet sich aber auch der preußische Wahlrechtskampf zum ernstesten Allgemeinkampf gegen den Klerikalismus überhaupt.

Das politische Problem spitzt sich für das deutsche Proletariat darauf zu: Einesteils dem Zentrum seine Wähler zu nehmen, die ihrer sozialen Lage nach zum Proletariat gehören, die Arbeiter sowohl, wie die halbproletarische Landbevölkerung, die zu erheblichem Teil schon mit der Industrie verwachsen ist und wegen ihres Zwittercharakters der gewerkschaftlichen Organisation noch große Schwierigkeiten bereitet. Anderenteils die pseudo-liberale Partei, genannt Nationalliberalismus, niederzuwerfen, die sich mit den Konservativen entweder verbündet oder nur deshalb mit ihnen einen Scheinkampf führt, um in das klerikal-konservative Bündnis eingeschaltet zu werden.

Neben der Fortsetzung und Steigerung der Wahlrechtsagitation, neben der intensiven Vorbereitung der Reichstagswahlen müssen wir frühzeitig mit einer handelspolitischen Agitation großen Stils, die getragen ist von einem positiven Programm, einsetzen. Die künftige Zollpolitik hat im voraus die Wahlreform demoliert, wie einst den Mittellandkanal. Es ist unsere Aufgabe, gerade durch diese wirtschaftspolitische Propaganda umfassender und gestaltungskräftiger Art, das Grundrecht des preußischen Volks aus der klerikalen Umklammerung zu befreien!

Eine Niederlage des schwarz-blauen Blocks.

Die Ersatzwahl in Jauer-Landeshut.

Landeshut, 1. Juni. (Telegramm.) Bei der heutigen Reichstagsersatzwahl im Wahlkreise Jauer-Bolkenhain-Landeshut, die sich durch den Tod des Abg. Dr. Hermes (freis.) notwendig machte, wurden bis 11¾ Uhr abends für Büchtemann (Fortschr. Volksp.) 6416, für Proll (Soz.) 6475, für Stroser (Kons.) 3876 und für Herichel (Z.) 8819 Stimmen gezählt. Das Ergebnis aus einem Ort steht noch aus. Es wird Stichwahl zwischen Büchtemann und Proll stattfinden.

•

Bei der letzten Reichstagswahl im Januar 1907 erhielt im ersten Wahlgang der Freisinnige 5728, der Konservative 5050, der Sozialdemokrat 5019, das Zentrum 4304 Stimmen. Es kam zur Stichwahl zwischen Freisinn und Konservativen. Es siegte der freisinnige Hermes mit 9340 gegen 7495 Stimmen. Bei der jetzigen Wahl ist dagegen der konservative Kandidat durch den sozialdemokratischen an Stimmen weit überflügelt und aus der Stichwahl gedrängt worden. Die Entscheidung in der Stichwahl fällt nicht zwischen konservativ und liberal, sondern zwischen liberal und sozialdemokratisch. Das heißt: Der Ruck nach links tritt scharf in die Erscheinung.

Das Wahlergebnis bedeutet eine schwere Niederlage des schwarzen Blocks. Freisinn und besonders Sozialdemokratie haben an Stimmenzahl ansehnlich zugenommen. Der freisinnige Kandidat erhielt 700 Stimmen mehr als sein Vorgänger bei der vorigen Wahl. Unser Parteigenosse erhielt **einen Zuwachs von mehr als 1400 Stimmen** gegen die vorige Wahl. Andrerseits haben die Konservativen **einen Verlust von ca. 1200 Stimmen** und das Zentrum **einen Verlust von 500 Stimmen.** Das sind sehr bedeutende Verluste in Anbetracht der überhaupt nicht großen Zahl von Wahlberechtigten in diesem Wahlkreise.

Besonders beachtenswert ist, daß die Niederlage nicht nur die Konservativen, sondern auch das schlaue Zentrum trifft. Auch diese Partei, die ihre volksfeindliche Politik so überaus raffiniert vor den unerfahrenen gläubigen Wählern zu bemänteln versteht, beginnt für das Uebermaß ihrer Sünden die Strafe zu empfangen. Dabei soll man nicht glauben, daß etwa das Zentrum oder die Konservativen bei dieser Ersatzwahl lässig gewesen wären. Im Gegenteil, beide Parteien haben mit allem Hochdruck die Wähler bearbeitet. Eine Zuschrift aus dem Wahlkreise an die Vossische Zeitung gibt eine gute Probe davon; da heißt es:

„Die tollste Agitation ist jedoch von seiten der Zentrumspartei getrieben worden. Der Kreis wurde von ihr mit Flugblättern und Rednern geradezu überschwemmt. Wohl ein Dutzend Flugblätter ist vom Zentrum in Massen verbreitet worden. Jeden einzelnen Stande wurden darin besondere Versprechungen gemacht. Von Parlamentariern der Partei waren erschienen die Abgeordneten Klocke und Graf Henckell von Donnersmark, dazu der Arbeitersekretär der Zentrumspartei, Rektor Herzig aus Weißensee bei Berlin, und **der ganze Stab der geistlichen Kapläne des Kreises.** Diese gewaltige Anstrengung erfolgte, wie die Redner anführten, in der Hoffnung, daß das Zentrum mit der Sozialdemokratie in die Stichwahl komme. Da der Wahlkreis 8000 katholische Wähler zählt, so sei es für sie eine Kleinigkeit, bei richtiger Agitation weitere 10 bis 15 v. H. der Wähler zusammenzubringen, um den Freisinnigen aus der Stichwahl zu drängen. In skrupellosester Weise ist diese Agitation betrieben worden. Wie von Zentrumsrednern mit der Wahrheit umgegangen wurde, beweist die Tatsache, daß Rektor Herzig in einer Versammlung den Freisinnigen einen Strick daraus zu drehen versuchte, daß sie die Weinsteuer, die eine Luxussteuer sei, abgelehnt haben. Dabei wurde in derselben Versammlung ein Zentrumsflugblatt verteilt, in welchem es in bezug auf die Weinsteuer heißt: „Die Weinsteuer wurde von allen Parteien abgelehnt, weil seit Jahren die kleinen Winzer, welche den meisten Wein bauen, infolge einer Reihe schlechter Jahre unter einer überaus starken und vielfach ruinierenden Entwertung ihres Grund und Bodens leiden. Alle Sachkenner sind darin einig, daß deshalb die kleinen Winzer die Weinsteuer nicht hätten auf die Weintrinker abwälzen können."

Die sozialdemokratische Partei hat auch in dem Wahlkreise Jauer-Landeshut, wie in zahlreichen anderen, eine langsame, aber sichere Entwicklung genommen. In den 70er und 80er Jahren gab es dort noch so gut wie keine Stimmen für unsere Partei bei den Wahlen. Erst 1890 trat sie zum ersten Male mit einer beträchtlichen Stimmenzahl auf, nämlich 1513 Stimmen. Im Jahre 1893 erhielt die Sozialdemokratie 2637, 1898: 4164, 1903: 5427 Stimmen. Bei der Wahl von 1903 kam unsere Partei zum ersten Male in die Stichwahl, in der der Freisinnige, durch die Unterstützung von rechts her, mit erheblicher Mehrheit siegte. 1907, in dem Hottentottenrummel, kam ein kleiner Rückgang, der bei der jetzigen Wahl nicht bloß ausgeglichen, sondern durch einen erfreulichen bedeutenden Fortschritt abgelöst wird.

Kulturträger.

Man nimmt heute nicht von jedem studentischen Unfug Notiz. Man würde nicht fertig. Außerdem ist die Oeffentlichkeit noch immer daran gewöhnt, der zahlungsfähigen „besseren Jugend" als erlaubt nachzusehen, was man der minderbemittelten Jugend als Roheit und Großstadtverderbnis ankreidet. Aber was sich da neulich eine Bande studierender Jünglinge in Bonn geleistet hat, ist ein Exzeß, der ein typisches Zeichen für die Verwilderung des bourgeoisen Nachwuchses von heute bleibt.

Am 4. Dezember v. J. hatten verschiedene studentische Korps ein Biergelage in Rüngsdorf bei Bonn veranstaltet. Zur Rückfahrt bestellten sie sich einen Sonderzug der Dampfbahn. Als die Studenten an die Haltestelle kamen, stand der Zug noch nicht bereit. Sie sammelten sich und schmiedeten während des Wartens Pläne. Als der Zug eintraf, wurde er von den Studenten „im Sturm" genommen. Sie versuchten, die Lokomotive von den Wagen und die Wagen untereinander abzukoppeln. Da solche Ausschreitungen alljährlich

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100602/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG